



Foto: Manfred Vollmer/Das Fotoarchiv

In seiner Regierungserklärung hat Bundeskanzler Schröder tiefe Einschnitte in unser Sozialsystem angekündigt.

Wie vor der Wahl versprochen die soziale Gerechtigkeit bei der Modernisierung des Sozialstaats erhalten und auszubauen – Davon ist nichts mehr zu erkennen.

Die geplanten Kürzungen im sozialen Bereich sind ungerecht. Beschäftigte, Erwerbslose und Kranke sollen die Zeche zahlen. Aber Sozialabbau schafft keine Arbeitsplätze und bringt die lahrende Binnenkonjunktur nicht in Schwung. Die erforderlichen Maßnahmen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit sind für die Regierung tabu.

# SO NICHT, HERR KANZLER! SOZIALABBAU SCHAFFT KEINE ARBEITSPLÄTZE!

- **Arbeitsplätze schaffen**
- **Binnennachfrage stärken**
- **Die Zukunft unserer Städte und Gemeinden sichern**
- **Arbeitnehmerrechte schützen**

**Alles das ist machbar  
ohne Sozialabbau!  
Und das Tollste ist:  
Wir wissen, wie es geht!**

### Stärkung der Nachfrage – Fehlanzeige

Dabei ist es keine Glaubensfrage: Jeder weiß, dass in Deutschland zu wenig konsumiert und investiert wird. Deswegen lahm unsere Wirtschaft. Die Lohnkosten sind nicht zu hoch, denn wir exportieren wie die Weltmeister. Nur an der Binnennachfrage hapert es.

Auch der Kanzler weiß, dass die Binnennachfrage angekurbelt werden muss, wenn es wieder bergauf gehen soll. Nicht umsonst tritt ver.di schon seit längerem für ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 20 Milliarden Euro ein. Denn die von Gerhard Schröder angekündigten öffentlichen Investitionen sind eine Luftnummer: sieben Milliarden Euro sollen Kommunen und acht Milliarden Euro soll der privaten Wohnungsbausanierung in Form von zinsvergünstigten Krediten zukommen. Bloß: Die Kommunen sind größtenteils so pleite, dass sie gar keine Kredite mehr aufnehmen dürfen.

Und warum auf der einen Seite die Eigenheimzulage zusammen gestrichen werden soll, während auf der anderen Seite für günstige Kredite zur privaten Wohnungsbausanierung geworben wird – das entbehrt jeder Logik. Von einer weitsichtigen Strategie kann nicht die Rede sein!



Foto: Manfred Vollmer/Das Fotoarchiv

■ Wenn die Wirtschaft ihre Zusage, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen sollen, die einen suchen, nicht einhält, müssen die Unternehmen die Berufsbildung mit finanzieren!

### „Lohnnebenkosten“ müssen runter!?

Der Kanzler prangert an, Arbeit sei einfach zu teuer, die Lohnnebenkosten, also die vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen finanzierten Kosten für die soziale Absicherung müssten runter. Wer aber zahlt letzten Endes die Zeche? Ganz einfach: Die Beschäftigten.

Die Privatisierung des Krankengeldes entlastet nur die Arbeitgeber. Das geplante Eintrittsgeld für Arztbesuche zahlen allein die Beschäftigten.

Selbst wenn die Sozialversicherungsbeiträge sinken – Die Beschäftigten zahlen drauf – Schließlich müssen sie dann die entsprechenden Kosten, egal ob fürs Krankengeld oder für das geplante Eintrittsgeld beim Arzt, selber tragen. Die Binnennachfrage kann so nicht in Schwung kommen.

### So stranguliert man die Binnennachfrage

Dafür, dass die Arbeit insgesamt „billiger“ wird, müssen auch die Arbeitslosen bezahlen. Nun soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld für Menschen unter 55 Jahre auf 12, für über 55-Jährige auf 18 Monate reduziert, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt werden, auf dem Niveau der Sozialhilfe.

Da muss doch der Eindruck entstehen, dass wir 4,7 Millionen offene Stellen und 388000 Arbeitslose in Deutschland haben!

Dabei ist es genau umgekehrt: Auf 4,7 Millionen Arbeitslose kommen 388 000 gemeldete Stellen.

Es gibt Gegenden in Deutschland, da ist jeder Dritte arbeitslos. Und uns soll weis gemacht werden, diese Menschen seien selber schuld an ihrer Arbeitslosigkeit. Man müsste nur den Druck erhöhen, dann würden sie endlich auch wieder zur Arbeit gehen. Das ist zynisch – schafft keine Arbeitsplätze und hilft der Binnennachfrage auch nicht auf die Beine.

In Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, wird uns vorgemacht, dass wir kein Geld mehr hätten, uns um Erwerbslose und Kranke zu kümmern. Die Gefahr von Armut wächst, wenn die Regierung ihre Pläne in die Tat umsetzt. Können wir uns das leisten?

ver.di

**STARK IM  
WANDEL**

### Angriff auf die Tarifautonomie – Angriff auf das Lohnniveau

Der Kanzler droht, der Gesetzgeber werde handeln, wenn sich die Tarifparteien nicht auf betriebliche Bündnisse einigen können. Dabei weiß Gerhard Schröder, dass wir bereits die jeweilige betriebliche Situation in unserer Tarifarbeit berücksichtigen. Die Tarifverträge als Mindestbedingung aufzuheben und nach unten zu öffnen wird letztlich für viele zu niedrigeren Einkommen führen und den Niedriglohnsektor vergrößern.

Niedrigere Löhne, höhere Belastungen durch die Senkung der Lohnnebenkosten – Die Beschäftigten sollen hart rangenommen werden, während der Kanzler an die Adresse der Wirtschaft nur lahme Appelle richtet!

### Die Lockerung des Kündigungsschutz schafft keine neuen Stellen

Dann macht uns der Kanzler noch vor, die geplante Lockerung des Kündigungsschutzes schaffe Arbeitsplätze, überwinde die „psychologische Schwelle vor Neueinstellungen“. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Das stimmt nicht. Schon unter Helmut Kohl wurde der Kündigungsschutz gelockert. Damals wurden in einem Jahr 130 000 Stellen in Kleinbetrieben abgebaut – Das ist keine Perspektive für die Zukunft.



Foto: Jürgen Seidel

■ Städte und Gemeinden liegen auf dem Trockenen. Nur ein Zukunftsinvestitionsprogramm hilft: Für Arbeit, Bildung und Umwelt

**Wer das Wort Reform mit Sozialabbau verwechselt, der kann nicht mit unserer Unterstützung rechnen! Eine wirkliche Reform – und dafür stehen wir - verteilt die Lasten gerecht auf breite und schmale Schultern!**

■ Die Binnennachfrage ankurbeln durch Steuergerechtigkeit

Wie das finanziert werden soll? Wir haben aus unserer Forderung nach einem neuen Kurs in der Steuer- und Finanzpolitik nie einen Hehl gemacht. Eine verfassungsgemäße Besteuerung großer Vermögen bringt bis zu 15 Milliarden Euro mehr im Jahr. In London gibt es seit Jahren die sogenannte Spekulationssteuer, die Aktiengewinne mit einem Prozent belegt. Das bringt acht Milliarden Euro jährlich – und hat der Attraktivität der Londoner Finanzmärkte keinen Abbruch getan. Auch große Unternehmen müssen zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden – schließlich profitieren sie von einer optimalen Infrastruktur. Deswegen brauchen wir dringend eine Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen.

Und so geht es:

■ Arbeitsplätze

Zunächst brauchen wir Arbeitsplätze – Für jung und alt. In Deutschland fehlen derzeit 110 000 betriebliche Ausbildungsplätze. 70 Prozent der Unternehmen bilden nicht aus. Das zeigt: Mit Appellen an die Wirtschaft wird die Ausbildungsmisere nicht gelöst. Hier hat der Kanzler recht:

Wenn die Wirtschaft ihre Zusage, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen sollen, die einen suchen, nicht einhält, müssen die Unternehmen die Berufsbildung mit finanzieren!

■ Zukunftsinvestitionsprogramm: Aktive Beschäftigungspolitik

Wer Arbeit schaffen will, muss investieren. Den Städten und Gemeinden steht das Wasser bis zum Hals: Da hilft nur ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt. 20 Milliarden Euro Soforthilfe und weitere 10 Milliarden Euro jährlich bis 2006 und wir haben 500 000 neue Arbeitsplätze.

Was der Kanzler, was Rot-Grün plant, ist nicht sozial: Arbeitslose, Beschäftigte und Kranke sollen zahlen, was die besser Verdienenden in den nächsten Jahren durch die bevorstehende Senkung des Spitzensteuersatzes und die Weigerung der Regierung, die Vermögensteuer wieder einzuführen, sparen! Vor der Wahl hat Gerhard Schröder mit dem Slogan geworben: „Deutschland modernisieren heißt für mich auch, die soziale Gerechtigkeit zu erhalten und auszubauen.“ - Sollen das nur leere Versprechen gewesen sein?



weitere Informationen:

[www.verdi.de/stark\\_im\\_wandel](http://www.verdi.de/stark_im_wandel)

[www.verdi.de/steuergerechtigkeit](http://www.verdi.de/steuergerechtigkeit)



**STARK IM WANDEL**